

Informationsblatt nach Art. 13 der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) bei
Videoüberwachung



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Kasernenkommandant / Kasernenkommandantin
des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg
Lesserstr. 180
22049 Hamburg
Tel.: + 49(0)40/6947-10050

Kontaktinformationen des /der administrativen Datenschutzbeauftragten:

Administrativer Datenschutzbeauftragter /
Administrative Datenschutzbeauftragte
des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg
Tel.: +49(0)406947-10032

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

§ 4 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
- Aufgabenerfüllung öffentlicher Stellen
- Wahrnehmung des Hausrechts

Speicherdauer:

7 Tage



Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 EU-DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 EU-DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 EU-DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 EU-DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen.

Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 EU-DSGVO).

Die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung gründet sich auf Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e, Abs. 3 Buchstabe b der EU-DSGVO in Verbindung mit § 4 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 EU-DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn

Telefon: +49 (0)228 997799-0
Fax: +49 (0)228 997799-5550